

Untertanen zu erobern, noch auch existiert ein Pakt bezüglich der Feststellung der Interessenslinie auf der Balkan-Halbinsel. Diese Dinge als positive Dinge zu erklären, hielt ich mich verpflichtet. Im übrigen mag der Herr Abgeordnete in der Richtung ruhig sein, daß nicht nur ich und die ungarische Regierung, sondern alle jene, welche die auswärtige Politik der Monarchie leiten, ihr volles Bestreben auf die Erhaltung des Friedens richten. Denselben zu verbürgen in einer Zeit, wo die Bewegungen einzelner Volksstämme ihn kompromittieren können, ist natürlich unmöglich; aber ich hoffe auch heute noch und glaube mich nicht zu täuschen, daß der europäische Friede werde erhalten bleiben, nicht deshalb, weil das Drei-Kaiser-Bündnis eine Gruppe bildet, welcher die westlichen Mächte gegenüberstehen, sondern deshalb, weil sämtliche Großmächte Europas einhellig mitwirken und den Frieden zu erhalten wünschen.

23. Februar. (Österreich.) Abg.-Haus: nimmt die Vorlage über die Prag-Duxer Bahn in zweiter Lesung unverändert an.

Vor Beginn der Debatte verliest der Ministerpräsident Graf Taaffe folgende Erklärung: Das k. k. Ministerium verwahrt sich auf das entschiedenste gegen die unqualifizierbaren Ausfälle in der jüngsten Beratung und erklärt dem hohen Hause, daß es erwartet und erwarten muß, daß jeder der Herren Abgeordneten, welchem ein Material zu einer Anlage gegen das Gesamt-Ministerium oder gegen ein einzelnes Mitglied zu Gebote steht, sofort jenen Gebrauch davon machen werde, welchen das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit fordert. Im entgegengesetzten Falle aber ist die Regierung zur Wahrung ihrer Amtsehre zu dem Verlangen berechtigt, daß die Geschäftsordnung derart gehandhabt werde, daß das k. k. Ministerium und jedes einzelne Mitglied desselben fernerhin gegen Verdächtigungen und Verunglimpfungen geschützt werde. Die Regierung hält sich verpflichtet, diese Erklärung auch im Interesse der gedeihlichen Wirksamkeit der parlamentarischen Vertretungskörper abzugeben.

24. Februar. (Böhmen.) Altkatholischer Religionsunterricht.

Der Unterrichtsminister verbietet dem altkatholischen Pfarrer Rittel zu Warnsdorf die Erteilung altkatholischen Religionsunterrichtes an den Staatsgymnasien zu Leitmeritz und Leipa und an den dortigen Kommunal-Realschulen und befiehlt, den an diesen Schulen bereits begonnenen altkatholischen Religionsunterricht überhaupt einzustellen.

24. Februar. (Ungarn: Abgeordnetenhaus.) In Beantwortung einer Interpellation über die landwirtschaftliche Krisis erklärt der Handelsminister,

daß Ministerpräsident Tisza schon vor 1½ Jahren ein Handelsbündnis der mitteleuropäischen Staaten als bestes Schutzmittel gegen den überseeischen Wettbewerb in Anregung gebracht habe, und die Regierung habe sich mit dieser Frage auch weiter beschäftigt, als Deutschland eine Initiative in dieser Beziehung ergriffen; doch sei die Verwirklichung des Planes durch entstandene Schwierigkeiten verzögert worden.

24. Februar. (Österreich.) Bischofskonferenz.

Die Bischöfe von Prag, Graz, Brünn, Brigen und Laibach treffen zu einer auf etwa 10 Tage beabsichtigten Konferenz beim Erzbischof von Wien ein. Als Hauptgegenstände der Beratung werden die Schulfrage und die Aktion gegen den Altkatholizismus in Nordböhmen und Steiermark genannt. Auf eine Anfrage im Budgetausschusse erklärt Unterrichtsminister